

Berlin Start

Investitionsbank Berlin
Kredite / Banken / Fondsmanagement
Bundesallee 210
10719 Berlin

Darlehensantrag - nur über die Hausbank einreichen -

1. Berlin Start		Eine Bürgschaft der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH wird beantragt.	
Betrag in TEUR	Laufzeit / Jahre Freijahre	<input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 0 <input type="text"/>		
1.1 Weitere Kredite	Laufzeit / Jahre Freijahre	Kreditart	<input type="checkbox"/>
Betrag in TEUR	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antragsteller¹⁾ (Firma oder Existenzgründer)		bei natürlichen Personen:	
Gründungsdatum	Frau	Herr	Geburtsdatum
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Name / Firma (lt. Handelsregister)	Vorname / ggf. Fortsetzung Firma		Geburtsort
<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Identifikationsnachweis	Nr. des Dokuments	Ausstellende Behörde	<input type="checkbox"/> Identifikationsnachweis ist als Kopie beigefügt.
Art des Dokuments	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Telefon	Telefax	E-Mail	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Staat ²⁾	Rechtsform ³⁾	Branche ⁴⁾	genaue Bezeichnung der Branche
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> gewerbliches Unternehmen	<input type="checkbox"/> Freiberufler	<input type="checkbox"/> Handwerksrolle	<input type="checkbox"/> Sozialunternehmen

3. Unternehmen (sofern nicht Antragsteller) Mithafter etc.		bei natürlichen Personen:	
(Firma oder Existenzgründer)	Frau	Herr	Geburtsdatum
Gründungsdatum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname / Firma (lt. Handelsregister)	Geburtsort		<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>		<input type="text"/>
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Identifikationsnachweis	Nr. des Dokuments	Ausstellende Behörde	<input type="checkbox"/> Identifikationsnachweis ist als Kopie beigefügt.
Art des Dokuments	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Telefon	Telefax	E-Mail	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Staat ²⁾	Rechtsform ³⁾	Branche ⁴⁾	genaue Bezeichnung der Branche
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> gewerbliches Unternehmen	<input type="checkbox"/> Freiberufler	<input type="checkbox"/> Handwerksrolle	<input type="checkbox"/> Sozialunternehmen

3.1 Wirtschaftlich Berechtigte

Es gibt mindestens einen wirtschaftlich Berechtigten
 Ja Nein [Infoblatt wirtschaftlich Berechtigte](#)

Wirtschaftlich berechtigte Person
 Anrede
 Herr Frau

Umsatzsteuer-ID

Geburtsdatum

Geburtsort

Titel

Vorname

Nachname

PLZ

Ort

Straße und Hausnummer

4. Angaben zum Unternehmen⁵⁾

4.1 Jahresumsatz der letzten 2 abgelaufenen Geschäftsjahre:
 (bei Existenzgründungen: Planumsatz)

Jahr	Umsatz in TEUR	Bilanzsumme in TEUR	Vollzeitbeschäftigte
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

KMU-Schwellenwerte: =< 50 Mio. EUR oder =< 43 Mio. EUR und < 250

4.2 Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschl. Antragsteller) zum Antragszeitpunkt⁶⁾

insgesamt	Teilzeitbeschäftigte	Auszubildende	Frauen
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Anzahl der Beschäftigten unter Berücksichtigung des Vorhabens:

insgesamt	Teilzeitbeschäftigte	Auszubildende	Frauen
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

5. Vorhaben⁷⁾

5.1 ausführliche Vorhabensbeschreibung: (ggf. als Anlage beifügen)

5.2 Geplanter Durchführungszeitraum

Beginn:

Ende:

5.3 Der Investitionsort entspricht der Adresse des Antragstellers unter:

2. 3. anderenfalls:

PLZ

Ort

Straße, Hausnummer

5.4 Es handelt sich um die Finanzierung einer

Neugründung Übernahme tätige Beteiligung Investition im bestehenden Betrieb
 Wachstums- / Festigungsinvestition

Aufnahme der selbständigen Tätigkeit / Zeitpunkt der Übernahme am

6. Investitionsplan ⁸⁾	TEUR	7. Finanzierungsplan ⁹⁾	TEUR
6.1 Grunderwerbskosten		7.1 Eigenmittel / Sacheinlagen	
6.2 Gewerbliche Baukosten		7.2 Beteiligungskapital	
6.3 Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Fahrzeuge		7.3 Summe beantragte Kredite	
6.4 Material / Lagerinvestitionen		Weitere öffentliche Mittel (z.B. GRW-Zuschuss)	
6.5 Übernahme / Kauf von Unternehmensanteilen		7.4	
davon für Warenlager		7.5	
Sonstige (Bezeichnung notwendig)		7.6	
6.6 Betriebsmittel		7.7 Bankkredite	
6.7		Sonstige (Bezeichnung notwendig)	
6.8		7.8 Kontokorrentlinie der Hausbank	
6.9		7.9	
Summe Investitionsplan:		Summe Finanzierungsplan:	
In den Angaben ist MwSt. / Vorsteuer enthalten <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

8. Angaben des Unternehmens für den Antrag einer Bürgschaft der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH in Verbindung mit einem Darlehen Berlin Start.

8.1 Waren oder sind Zwangsmaßnahmen eingeleitet? (Falls ja, bitte erläutern) ja nein
(z.B. Mahnbescheid, Wechselprotest, Insolvenzverfahren) ggf. Anlage

8.2 Wirtschaftliche Verhältnisse-Kennzahlenübersicht

Bilanzzahlen (Angaben in TEUR)	Vorletztes Geschäftsjahr Jahr _____	Letztes Geschäftsjahr Jahr _____	Hochrechnung lfd. Jahr Jahr _____	Plan 1. Folgejahr Jahr _____
Bilanzsumme				
Umlaufvermögen				
Anlagevermögen				
Wirtschaftliches Eigenkapital ¹⁰⁾				
Ertragszahlen (Angaben in TEUR)	Vorletztes Geschäftsjahr Jahr _____	Letztes Geschäftsjahr Jahr _____	Hochrechnung lfd. Jahr Jahr _____	Plan 1. Folgejahr Jahr _____
Umsatz				
Gesamtleistung				
Wareneinsatz				
Personalaufwand				
Sonstiger Betriebsaufwand				
Erweiterter Cashflow				
Zins				
AfA				
Jahresergebnis				

8.3 Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE14BBB0000053358

Mandatsreferenz

(wird von der Bürgschaftsbank ausgefüllt und separat mitgeteilt)

Ich erteile der BBB BÜRGSCHAFTSBANK zu Berlin-Brandenburg GmbH widerruflich die Ermächtigung, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von folgendem Konto einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der BBB BÜRGSCHAFTSBANK zu Berlin-Brandenburg GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Zahlungsart: wiederkehrende Zahlung

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ich bin damit einverstanden, dass zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs die grundsätzlich 14-tägige Frist für die Information vor dem Einzug einer fälligen Zahlung (Vorabankündigung) bis auf fünf Werktage vor Belastung verkürzt werden kann.

Kontoinhaber

Firma / Vorname und Nachname des Kontoinhabers

PLZ

Ort

Straße, Hausnummer

Kreditinstitut

BLZ

Kontonummer (max. 10 Stellen)

IBAN

BIC (8 oder 11 Stellen)

Datum und Unterschrift Kontoinhaber / Verfügungsberechtigter

nur auszufüllen, falls Kreditnehmer vom Kontoinhaber abweicht:

Firma / Vorname und Nachname des Kreditnehmers

PLZ

Ort

Straße, Hausnummer

Hinweis:

- Ab 01.02.2014 kann die Angabe des BIC entfallen, wenn die IBAN mit DE beginnt.
- Rückbuchungsgebühren sind vom Zahlungspflichtigen zu tragen.
- Bei Änderungen (Konto, Rechnungsanschrift, Firmenanschrift) wird um rechtzeitige Mitteilung gebeten.

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Lastschrift wird die BBB BÜRGSCHAFTSBANK zu Berlin - Brandenburg GmbH Sie über den Einzug in dieser Verfahrensart informieren.

9. Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Ich habe die „Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO“ der IBB zur Kenntnis genommen.

[Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO](#)

10. Weitere Erklärungen des Antragstellers und der Mithafter

Ich / Wir bestätige(n) die Vollständigkeit und Richtigkeit der in diesem Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben und versicher(n), kein anderes Kreditinstitut mit der Antragstellung betraut zu haben. Die Produktinformation habe(n) ich / wir zur Kenntnis genommen und mit den "Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Berlin Start - Endkreditnehmer -" der IBB erkläre(n) ich / wir mich / uns einverstanden.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, die Hausbank über wesentliche Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben, die vor Auszahlung des Darlehens eintreten, unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, die Bereitstellungsprovision in der programmgemäßen Höhe (beginnend drei Monate und zwei Bankarbeitstage nach Zusage datum für noch nicht ausgezahlte Kreditbeträge) zu entrichten. Diese Bereitstellungsprovision ist auch dann zu zahlen, wenn ich / wir den beantragten und von der IBB zugesagten Kredit nicht in Anspruch nehme(n), es sei denn, dass ich / wir meiner Hausbank innerhalb der für die Berechnung der Bereitstellungsprovision oben genannten maßgeblichen Frist mitteile(n) dass ich / wir den Kredit nicht in Anspruch nehme(n). Über die Höhe der Bereitstellungsprovision und des anfallenden Bürgschaftsentgeltes habe(n) ich / wir mich / uns anhand der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Berlin Start, der Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen der BBB und der Produktinformation informiert. Mir / Uns ist bekannt, dass die Kreditkonditionen zum Zeitpunkt der Erteilung der Kreditzusage der Investitionsbank Berlin (IBB) an das durchleitende Institut festgelegt werden.

Berlin Start wird in Kooperation mit der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH angeboten und enthält Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Ich / Wir entbinde(n) die Finanzbehörde von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gemäß § 30 AO gegenüber der / den für die Entscheidung für diesen Antrag zuständige(n) Stelle(n). Die Befreiung vom Steuergeheimnis gilt bis zum Erlöschen aller Forderungen aus der Förderung.

Für die Beantragung einer BBB-Bürgschaft: Ich / wir bestätige(n), dass mir / uns die Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen bekannt sind und von mir / uns voll inhaltlich anerkannt werden.

Des Weiteren erkläre(n) ich / wir mich / uns - bis auf Widerruf - mit der Einzugsermächtigung gemäß Ziffer 8.3 für im Zusammenhang mit der Bürgschaft anfallende Entgelte ausdrücklich einverstanden.

Mir / Uns ist bekannt, dass dem verbürgten Darlehen öffentliche Fördermittel zugrunde liegen. Ich / Wir bin / sind darüber unterrichtet, dass meine / unsere Angaben zur Person und zur Firma, zur Betriebsstätte und zum Investitionsort, zum Vorhaben, zur Finanzierung und zu den Demimis-Behilfen, zu gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen sowie zu Beteiligungsverhältnissen subventionserheblich im Sinne des [§ 264 des Strafgesetzbuches \(StGB\)](#) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der Hausbank unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir / uns diese bekannt werden.

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des / der Antragsteller(s) / Mithafter(s)

Ort

11. Hinweise zur Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bürgschaftsbank oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Der Antragsteller / Kreditnehmer befreit die BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem [SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DS-GVO](#) entnommen werden.

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des / der Antragsteller(s) / Mithafter(s)

Ort

12. Stellungnahme des Kreditinstituts zum Darlehensantrag

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers haben wir uns - bzw. die ggf. beteiligten Konsortialbanken sich - gemäß § 18 KWG offen legen lassen; die Unterlagen haben keinen Anlass zu Bedenken gegeben. Wir halten den Antragsteller und seine Mithafter für kreditwürdig. Nach unserer Auffassung erfüllen der Antragsteller und Mithafter und das Vorhaben die Bestimmungen des Programms Berlin Start. Unserer Kenntnis nach ist ein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg zu erwarten. Die unter Ziffer 9 "Erklärung des/der Antragsteller(s) und des / der Mithafter(s) als subventionserheblich gekennzeichneten Angaben sind - nach unserer Kenntnis - vollständig und richtig. Wir bestätigen die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und in den Anlagen gemachten Angaben, soweit diese im Rahmen der banküblichen Sorgfalt von uns zu prüfen waren.

Wir bestätigen, dass wir Kreditdaten nur zum Zweck der Antragsbearbeitung und Darlehensverwaltung und, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der IBB erforderlich

ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten. Wir bestätigen, dass nach unserer Auffassung der Antragsteller für das Vorhaben fachlich und kaufmännisch geeignet ist.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kredite banküblich besichert werden.

Wir erkennen die "Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Berlin Start - Kreditinstitute -" der IBB sowie die "Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen" der BBB an.

Wir haben die Bestimmungen des Geldwäschegesetzes bei der Einräumung der verbürgten Finanzierungsmittel beachtet und werden diesen auch bei der weiteren Verwaltung des Engagements Rechnung tragen.

Nur auszufüllen vom Kreditinstitut

Das erste konkrete Finanzierungsgespräch fand statt am:

KMU gemäß EU-Definition / Prüfung erfolgt 5)

Kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Definition der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU / Prüfung erfolgt

Sämtliche geldwäscherechtliche Anforderungen sind erfüllt

Sicherheitsvorschlag

Name / Ort

Referenzzeichen

E-Mail

Kundenbetreuer

BIC

Telefon/Fax

Stempel / Unterschriften

Datum

13. Unterlagen / Anlagen zur Antragstellung Berlin Start

Beigefügte Anlagen:

Darstellung des Vorhabens bzw. Unternehmenskonzept

Gesellschaftsvertrag

Investitions- und Finanzierungsplan (einschließlich Angaben zu den Sicherheiten für nicht verbürgte Kredite)

Übersicht über bestehende Kreditverbindlichkeiten (einschl. Konditionen und Sicherheiten)

Übernahme bzw. Kaufvertrag; Miet- bzw. Pachtverträge

Handelsregisterauszug

Rentabilitätsvorschau

Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, der Krankenkassen und Berufsgenossenschaft

Lebensläufe und Selbstauskünfte der Kreditnehmer / Gesellschafter

Anlage Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen (KMU- 5) Selbsterklärung), falls erforderlich

[Selbstauskunft zum Antrag auf Übernahme einer Bürgschaft](#)

[Anlage zum Antrag Berlin Start/ Berlin Kredit für beantragte, nicht zu verbürgende Kredite](#)

Identifikationsnachweise

Allgemeine Hinweise

Sofern das Antragsformular im Einzelfall nicht ausreicht bzw. dies in den Erläuterungen zum Antrag verlangt wird, sind ergänzende Angaben in einer gesonderten Anlage zum Antrag zu machen. Fehlende Angaben führen zu einer Verzögerung der Bearbeitung.

Erläuterungen zum Ausfüllen:

- 1) **Antragsteller / Unternehmen / Mithafter**
Grundsätzlich gilt, dass die gesamtschuldnerischen Mithafter für die beantragten Kredite unter 3. angegeben werden (weitere Mithafter ggf. in einer Anlage). Für eine personengebundene Förderung im Rahmen von Gründungsfinanzierungen gilt: Unter 2. ist die gemäß Produktinformation antragsberechtigte natürliche Person einzutragen. Die Angaben unter 4. sind auf das Unternehmen zu beziehen, an dem sich der Antragsteller beteiligt oder das er gründet (gefordertes Unternehmen). Bei Betriebsaufspaltungen sind unter 3. und 4. die Angaben des Betriebsunternehmens anzugeben.
- 2) **Staat**
Bitte nur angeben, wenn nicht Deutschland
- 3) **Rechtsformschlüssel**
02 = Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)
03 = Offene Handelsgesellschaft (OHG)
04 = Kommanditgesellschaft (KG)
05 = GmbH
06 = GmbH & Co. KG
07 = eingetragene Genossenschaft (e.G.)
08 = Aktiengesellschaft (AG)
09 = eingetragener Verein (e.V.)
10 = Partnergesellschaft
11 = Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)
12 = Einzelperson
13 = Einzelfirma
14 = eingetragene Kaufleute
99 = Sonstige
- 4) **Branchenschlüssel**
Bitte geben Sie den 5-stelligen Branchenschlüssel (WZ 2008) des Statistischen Bundesamtes an. Darüber hinaus ist auch die genaue Bezeichnung der Branche anzugeben. Bei Platzmangel kann hierfür das Feld Vorhabensbeschreibung mitverwendet werden.
- 5) **Angaben zum Unternehmen**
KMU-Definition
Diese Angaben dienen der Erfüllung der KMU-Definition gemäß Amtsblatt der Europäischen Kommission L 124/36 vom 20.05.2003; zugrunde liegt Verordnung (EG) Nr. 2/2001 der Kommission vom 12.01.2001. Demnach wird die KMU-Definition erfüllt, wenn ein Unternehmen weniger als 250 Beschäftigte hat und der Umsatz höchstens 50 Mio. Euro oder die Bilanzsumme höchstens 43 Mio. Euro beträgt.
Wenn einer der Gesellschafter, der zu 25% oder mehr am Unternehmen beteiligt ist, zusätzlich an einem anderen Unternehmen zu 25% oder mehr beteiligt ist, muss die Anlage (KMU-Selbsterklärung) ausgefüllt werden. Die Anlage muss ebenfalls ausgefüllt werden, wenn das antragstellende Unternehmen zu 25% oder mehr an einem anderen Unternehmen beteiligt ist.
- 6) **Arbeitsplätze**
Bitte geben Sie unter "insgesamt" die Anzahl aller Beschäftigten (einschließlich Antragsteller und mithelfende Familienangehörige) inklusive aller Frauen, Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden an. Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende sind auf Vollzeitbeschäftigte umzurechnen. Unter "Teilzeitbeschäftigte" weisen Sie bitte die Anzahl aller Teilzeitbeschäftigten aus und unter "Auszubildende" die Anzahl der Auszubildenden im derzeitigen 1. Ausbildungsjahr. Bei den "Auszubildenden" unter Berücksichtigung des Vorhabens geben Sie bitte die beabsichtigte Anzahl der Auszubildenden des nächsten Ausbildungsjahres an. Da es sich dabei jeweils um eine Anzahl von natürlichen Personen handelt, sind die Angaben hier nur in ganzen Zahlen möglich. Bitte sehen Sie von der Angabe von Zahlenbereichen ab.
- 7) **Vorhabensbeschreibung**
Wir bitten um eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens (es muss z.B. erkennbar sein, welche Maschinen gekauft werden sollen). Sollte der Platz unter 5.1 nicht ausreichend sein, erbitten wir die Darstellung in einer gesonderten Anlage.
- 8) **Investitionsplan**
Bei nicht vorsteuerabzugsberechtigten Antragstellern dürfen die im Investitionsplan ausgewiesenen Beträge inklusive Mehrwertsteuer angegeben werden. Gegebenenfalls kann zur Angabe aller Informationen die Verwendung einer Anlage notwendig sein.
- 9) **Finanzierungsplan**
Eigenleistungen können nur als förderfähige Ausgaben anerkannt werden, wenn sie aktiviert werden oder dem Finanzamt in anderer Weise nachgewiesen und von diesem anerkannt werden. Dieses ist uns kurz zu bestätigen. Unter "Sonstige öffentliche Mittel" weisen Sie bitte - sofern beantragt - den GRW-Zuschuss (nur Investitionszuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur") oder sonstige "öffentliche Mittel" jeweils mit einer kurzen Bezeichnung und der Höhe aus. Sofern die Höhe der "öffentlichen Mittel" noch nicht feststeht, geben Sie bitte die Höhe der erwarteten "öffentlichen Mittel" an. Sofern Finanzierungslücken entstehen, sind diese durch weitere Eigen- und / oder Fremdmittel zu schließen. Dabei ist kenntlich zu machen, ob "öffentliche Mittel" in Form eines Zuschusses oder als Kredit gewährt wurden. Reichen die vorhandenen Zeichen nicht aus, können weitere "öffentliche Mittel" in der Zeile unter "Sonstige" angegeben werden, wobei diese jedoch als "öffentliche Mittel" zu kennzeichnen sind. Keinesfalls dürfen "öffentliche Mittel" in den Bankkrediten enthalten sein. Bei Krediten aus öffentlichen Mitteln sind die hier unter "öffentliche Mittel" gemachten Angaben subventionserhebliche Angaben im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz.
- 10) **Wirtschaftliches Eigenkapital** =
Gezeichnetes Kapital
+ Einlagen
- ausstehende Einlagen
+ Kapitalkonten der Gesellschafter
+ Gesellschafterdarlehen mit EK-Charakter
+ Beteiligungskapital mit EK-Charakter
+ sonstige Darlehen mit EK-Charakter
- Forderungen ggü. Gesellschaftern
+ Kapitalrücklagen
+ Gewinnrücklagen
+ Jahresüberschuss / -fehlbetrag
+ bereinigter Ergebnisvortrag
+ Sopo Zuschüsse und sonstige (50%)
+ Sopo Zulagen (100%)
+ Pensionsrückstellungen (50%)
+ sonstige lfr. Aufwandsrückstellungen
+ Verbindlichkeiten ggü. Gesellschaftern mit Rangrücktrittserklärung
- Aufwendungen für Ingangsetzung
- Geschäfts- oder Firmenwert
- Konsolidierungsmehrwert
- eigene Anteile Wertpapier
- Disagio
- Abgrenzung für latente Steuern

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Vorname, Name / Unternehmen (lt. Handelsregister)

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

2. Definition und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ in den vorangegangenen drei Jahren¹ erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als *ein einziges Unternehmen* betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen in den vorangegangenen drei Jahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 2 in den vorangegangenen drei Jahren

- keine
- folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe (bitte die beantragten De-minimis-Beihilfen besonders kennzeichnen):

¹ Bei dem zugrunde zu legenden Zeitraum von drei Jahren handelt es sich um einen rollierenden Zeitraum. Bei jeder neuen Gewährung einer De-minimis-Beihilfe sollte die Gesamtsumme der in den vorangegangenen drei Jahren gewährten De-minimis-Beihilfen herangezogen werden. Beispiel: Für eine De-minimis-Beihilfe, die am 7. Juni 2024 gewährt wird, beginnt der relevante Betrachtungszeitraum für alle vorangegangenen zu berücksichtigenden De-minimis-Beihilfen am 7. Juni 2021. Für eine De-minimis-Beihilfe, die am 8. Juni 2024 gewährt wird, beginnt der relevante Betrachtungszeitraum für alle vorangegangenen zu berücksichtigenden De-minimis-Beihilfen am 8. Juni 2021.

- **Allgemeine-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen² bzw. der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen³,

- **Agrar-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor⁴ und

- **Fisch-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor.⁵

Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (gem. Punkt 2)	Datum Zusage	Beihilfegeber	Aktenzeichen	De-minimis-Beihilfe	Fördersumme [EUR] z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft	Beihilfewert [EUR]

Mir ist bekannt, dass Angaben in den Punkten 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich verpflichte mich, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden.

Ort, Datum

Name des Unterzeichners in
Druckbuchstaben

rechtsverbindliche Unterschrift

² Amtsblatt der EU Serie L vom 15. Dezember 2023

³ Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013

⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013

⁵ Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014

ESG-Selbsterklärung* zu den Nachhaltigkeitsleitlinien

Uns ist bekannt, dass die IBB-Gruppe sich die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zum Ziel gesetzt hat und zu diesem Zweck Nachhaltigkeitsleitlinien für das Kredit-, Förder- bzw. Zuschuss, Aval- und Beteiligungsgeschäft festgelegt hat.

Kernelement dieser Nachhaltigkeitsziele ist der Ausschluss von kontroversen Geschäftspraktiken, sei es in Form von Gesetzesverstößen oder der Beteiligung an kontroversen Geschäftsfeldern, die der Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft entgegenstehen. Die Nachhaltigkeitsziele sowie die von der Förderung ausgeschlossenen Geschäftspraktiken und -felder sind in den [Nachhaltigkeitsleitlinien](#) der IBB Gruppe festgelegt.

1. Ausschluss kontroverser Geschäftspraktiken

- Wir versichern, die [Charta der Grundrechte der EU](#) und die Anforderungen der [UN-Behindertenrechtskonvention](#) für den Zeitraum des Finanzierungsvorhabens durch die IBB Gruppe einzuhalten.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass nachgewiesene Verstöße gegen diese Verpflichtung mit einer Kündigung der zugesagten Finanzierung sanktioniert werden können.

2. Ausschluss kontroverser Geschäftsfelder

- Wir erklären, dass wir die Nachhaltigkeitsleitlinien zur Kenntnis genommen haben und bestätigen hiermit, dass das geplante Finanzierungsvorhaben grundsätzlich keinen Umsatzanteil aus den darin genannten ausgeschlossenen Geschäftsfeldern erzielt.

Hinweis: Uns ist bekannt, dass unser Finanzierungsantrag – sollten wir diese Erklärung nicht abgeben können – einer gesonderten Prüfung durch die IBB unterzogen wird.

Antragstellende(s) Unternehmen (lt. Handelsregister)

Ort, Datum

Name des Unterzeichners in
Druckbuchstaben

rechtsverbindliche Unterschrift

* ESG: Environmental, Social and Corporate Governance sind Kriterien und Rahmenbedingungen für die Berücksichtigung von Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialfragen innerhalb von Unternehmensführungen, öffentlichen Körperschaften, Regierungen und Behörden.